Sparwahn mit System

Soziales Einige gesetzliche Krankenkassen knausern bei den Windeln für betagte oder behinderte Menschen. Die müssen leiden – oder selbst zahlen.

Niemals hat Irmgard Weiß darüber nachgedacht, ihren Mann in ein Pflegeheim zu geben. Lieber pflegt die 83-Jährige ihn selbst. Sie sieht das als Pflicht und als das, was von der Liebe bleibt. Seit 64 Jahren sind die beiden verheiratet – und viel hat sich geändert. In der Nacht steht die Rentnerin nun auf, um ihrem Mann die Windeln zu wechseln.

Er hat sein Augenlicht verloren, in der Wohnung kann er sich nicht mehr orientieren, und wenn er zur Toilette muss, dann merkt er das nicht rechtzeitig. Über Jahre ist Irmgard Weiß gut mit den Windelhöschen zurechtgekommen, die ihre Krankenkasse DAK ins Haus liefern ließ. Seit ein paar Monaten jedoch gibt es ein Problem, die Dame mit dem weißen Haar erzählt ungern davon. Deshalb will sie in der Zeitung nur ihren Geburtsnamen gedruckt sehen. Das Problem ist: Neuerdings erfüllen die Windeln ihren Zweck nicht mehr.

Seit dem vergangenen Jahr hat sich die DAK in vielen Regionen von ihren Lieferanten getrennt und für andere Anbieter entschieden – des günstigeren Preises wegen. Doch die Windeln, die das Ehepaar Weiß nun erhält, „sind viel dünner und laufen ständig aus“, wie die Seniorin erzählt. Ihre Nächte sind jetzt noch anstrengender: Mit Baumwollvlies aus der Drogerie polstert sie die Klebehöschen aus, um Missgeschicke zu verhindern.

Derzeit stapeln sich bei Patientenorganisationen Hilferufe, die dem von Irmgard Weiß ähneln. Immer häufiger kämen die Kassen ihrem gesetzlichen Auftrag nicht nach, „eine ausreichende Versorgung mit Inkontinenzprodukten sicherzustellen“, sagt Stefan Süß, Vorstand beim Selbsthilfeverband Inkontinenz. Es handelt sich um ein Phänomen, über das Versicherte vieler Kassen klagen – von regionalen AOK bis hin zu großen Ersatzkassen.

Insgesamt rund 1,5 Millionen Menschen erhalten nach Angaben des Herstellerverbands BVMed Windeln oder Einlagen auf Rezept – finanziert von den gesetzlichen Kassen. Hochbetagte Pflegefälle sind darunter oder Menschen mit Behinderungen. Versicherte, die sich auf das Solidarsystem verlassen müssen.

Maike Riegler kann nicht für sich selbst kämpfen. Die 20-Jährige hat nie richtig sprechen gelernt, sie müsse rund um die Uhr gepflegt werden, schreibt ihre Mutter in wütenden Mails an die AOK Baden-Württemberg.

Im vergangenen Dezember wurde der Familie mitgeteilt, dass die Zahl der Windeln für Maike auf vier pro Tag reduziert werden solle. „Viel zu wenig“, sagt Petra Riegler, nötig seien mindestens sechs, wenn Maike sich nicht wund liegen solle. Täglich beschwerte sich die Mutter beim Lieferanten, der die Windeln per Postpaket schickt. Meist war er nicht erreichbar, dann teilte er mit, für mehr reiche die Pauschale nicht aus, die die Kasse überweise. Schließlich fand man einen Kompromiss: Maike erhält nun rechnerisch fünfeinhalb Windeln pro Tag. Zumindest bis auf Weiteres.

Die AOK spricht von einem „Einzelfall“, vor allem die Konkurrenz von den Ersatzkassen setze auf Ausschreibungen, um „ihre Preise weit unter das bestehende Niveau am Markt“ zu drücken. Doch hinter dem Sparwahn steckt System. Kassen sind zu wirtschaftlichem Verhalten verpflichtet, seit einigen Jahren können sie mit Herstellern von Inkontinenzprodukten oder Sanitätshäusern eigene Verträge abschließen, um Versicherte kostengünstiger zu beliefern. „Für die Qualität ist das ein Riesenproblem“, sagt Manfred Beeres vom Herstellerverband BVMed.

Während sich die IKK Classic die Windeln eines Versicherten noch rund 29 Euro netto im Monat kosten lässt, sparen finanzklamme Kassen häufiger. Wie Ausschreibungsunterlagen belegen, zahlt die DAK ihren Lieferanten nur eine Pauschale von knapp 13 Euro monatlich.

Die Kasse will sich zu der Höhe nicht äußern. Beim Wechsel der Anbieter habe es im vergangenen Jahr vor allem in Bayern und Baden-Württemberg Probleme gegeben, und man nehme jeden Fall sehr ernst, räumt die DAK ein. Sie will jetzt dafür sorgen, dass ihre Lieferanten künftig immer für Beschwerden erreichbar sind. Auch daran wurde bislang gespart.

Der Engpass bei den Windeln interessiert inzwischen auch die Bundesregierung. Dass es hier Probleme gebe, „darf nicht passieren“, sagt ihr Patientenbeauftragter Karl-Josef Laumann. „Es kann nicht sein, dass etwa aus wirtschaftlichen Gründen die Bedürfnisse und Schamgefühle der Betroffenen missachtet werden.“ Der CDU-Politiker rät gar zu ungewöhnlichen Schritten: Im Notfall müssten die Kunden sich an das Bundesversicherungsamt wenden – die Aufsichtsbehörde der Kassen.

Bislang bleibt für die Patienten oft nur ein Ausweg: Sie zahlen aus der eigenen Geldbörse drauf. „Mein Eindruck ist, dass manchen Kassen der Missstand ganz recht ist“, sagt Unionsfraktionsvize Georg Nüßlein. „So kaufen die Leute am Ende mit ihrem eigenen Geld bessere Produkte.“

Lukas Schneider wäre nichts unangenehmer als in der Schule aufzufallen. Der 17-Jährige aus Stuttgart ist seit seiner Geburt inkontinent. Mit Windeln hatte er zu leben gelernt, nicht aber mit den neuen Einlagen, die ihm seine Versicherung seit dem vergangenen Herbst anbietet. Die knisterten so laut, dass jeder Mitschüler sie hätte hören können – oder waren so dünn, dass er einen ganzen Koffer davon für einen Schultag benötigt hätte.

Seit November zahlen seine Eltern jeden Monat 120 Euro für dickere Einlagen dazu. „Uns blieb keine andere Wahl“, sagt seine Mutter. Allerdings muss man sich diese Wahl auch leisten können.

Peter Müller, Susanne Petersohn, Cornelia Schmergal

FOTO: JENS KALAENE / PICTURE ALLIANCE / DPA

Betreuerin, Seniorin: „Es kann nicht sein, dass Schamgefühle missachtet werden“